

Mitarbeit der Wahlkörperschaften auf allen Ebenen, sagte doch hierzu Staatssekretär Rumpf sehr richtig: „Die Aufstellung des Planes und die Korrektur in den Planvorschlägen wurden durch das Ministerium der Finanzen ohne Mitarbeit der verantwortlichen Mitarbeiter in den Landesregierungen, Kreisen und Gemeinden durchgeführt“. Diese schwerwiegenden Fehler gilt es im kommenden Jahr zu beseitigen. Man könnte einwenden, daß wir das bei den Beratungen des Haushaltsplanes 1951 auch schon gesagt haben. Wir sind der Meinung, daß man nun endlich mit den hier dargelegten Fehlern Schluß machen muß. Diese Forderung wird von den breitesten Kreisen unserer Bevölkerung erhoben.

Besonders begrüßen wir den Beschluß der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Einführung von Maßnahmen zur verstärkten Mobilisierung der örtlichen Reserven und über die Ausarbeitung und Durchführung der Pläne der Kreise, Städte und Gemeinden vom 12. Juni 1952. Wir sehen diesen Beschluß im engen Zusammenhang mit dem Haushaltsplan unseres Landes. Neben den im Staatshaushalt festgelegten Einsparungen in Höhe von 5 Millionen DM an sächlichen und Personalkosten im Lande Sachsen muß es unter Ausnutzung des Beschlusses möglich werden, die Initiative der Bevölkerung unseres Landes frei zu entfalten. Dazu ist notwendig, daß die Bevölkerung darüber aufgeklärt wird, daß die durch freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung eingesparten Investitionsmittel in allen Investitionsvorhaben in vollem Umfang für zusätzliche Aufgaben zur besseren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muß der Bevölkerung gesagt werden, daß die bei der Entrümmung eingesparten Mittel ebenfalls der Bevölkerung selbst zugute kommen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, wertvolle Einsparungen und Verbesserungen durch organisierte Solidaritätsaktionen zu schaffen. Das gilt für die Verbesserung der Gemeindestraßen ebenso wie für den Ausbau von Kindertagesstätten, Wochenvollheimen und dergleichen. Mit dieser freiwilligen Mitarbeit werden wir den berechtigten Forderungen auch vieler Frauen in den Betrieben und vor allem in der Landwirtschaft gerecht werden können. Zu dieser Maßnahme gehören auch die Beratungen in den Ausschüssen der Kreise und Gemeinden über die volle Ausnutzung aller vorhandenen inneren und örtlichen Reserven. Zu diesen Ausschusssitzungen sollten die Volksvertretungen Angehörige aller Schichten unserer schaffenden Bevölkerung hinzuziehen.

Zu diesen Aufgaben der direkten Erweiterung unseres Volkswirtschafts- und des Finanzplanes aus eigener Initiative wird unsere Bevölkerung bereit sein, wenn sie weiß, daß der Haushaltsplan ihr ebenso wie der Volkswirtschaftsplan dient. Sagen wir ihr, daß die Aufwendungen für die Volksbildung, des Sozial- und Gesundheitswesens rund 50% aller Ausgaben betragen, daß die Leistungen des Förderungs Ausschusses für die Geistesschaffenden vergrößert werden und weisen wir sie vor allem auch auf die sozialen und gesundheitsfördernden Maßnahmen unserer Regierung im einzelnen hin. Auch unsere Geistesschaffenden erfahren eine weitgehende Förderung, so z. B. durch Erhöhung der Einzelverträge und der dafür bereitgestellten Mittel. Weiter denken wir hierbei an die Erhöhung der Schulgeldfreiheit von 60% auf 70% und an die Förderung der Künstler. Der Anteil für Ausgaben für das Theaterwesen allein beträgt 8% der Gesamtausgaben des Landeshaushalts. Das sind mehr als 40 Millionen DM. Daneben werden erhebliche Mittel für die Erhaltung und Verschönerung unserer nationalen Denkmale und Gedenkstätten aufgeworfen.

Wir sind uns vollkommen darüber im klaren, daß in unserer Verwaltung wie auch in der Wirtschaft größte Sparsamkeit walten und Haushaltsdisziplin geübt werden muß. Das gilt ganz besonders für den diesjährigen Haushaltsplan, der in keiner Position überschritten werden

darf, andererseits aber auch auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, des Sozialwesens, des Sports und der Kultur voll ausgeschöpft werden muß.

Zur Wahrung der Finanzdisziplin gehört aber auch die Erfüllung der Einnahmen, und hier besonders der Steuereinnahmen. Die Erfüllung der Steuereinnahmen ist besonders wichtig für die Kreise, die durch Finanzausgleich erhebliche Steueranteile zur Verfügung gestellt bekommen. Deshalb dürfen im Steueraufkommen keine Ausfälle entstehen. Angelaufene Steuerrückstände müssen beseitigt werden. Die Finanzämter haben alle Anstrengungen zu machen, um schnellstens Buchführungskarteien und Konten auf das laufende zu bringen. Sie werden damit erhebliche Steuerforderungen einziehen können.

Dem gleichen Zweck wird auch die Bildung des lang erwarteten Landesfinanzgerichts dienen. Durch rechtskräftige Urteile in den dort anstehenden Steuerverfahren werden erhebliche Beträge rückständiger Steuern eingehoben werden können. Außerdem würde gleichzeitig der Zustand noch bestehender Rechtsunsicherheit auf dem Gebiete der Abgabenverwaltung genommen.

Die Fraktion der National-Demokratischen Partei Deutschlands begrüßt die Verlagerung einer ganzen Reihe von Aufgaben und vieler Schwerpunkte auf die Kreisebene. An allen Verwaltungen wird es jetzt liegen, Kosten zu senken und dem Beispiel des Finanzministeriums, das aus eigener Initiative eine wesentliche Kürzung des Stellenplanes durchführte und rund 900 000 DM gleich 47% der Gesamtsumme einsparte, zu folgen. Diese Maßnahme der Einsparungen muß in breitem Maße bei allen Dienststellen unseres Landes Platz greifen. Die Möglichkeit hierzu geben bessere und neuere Arbeitsmethoden sowie eine verbesserte Organisation des Arbeitsablaufes.

Meine Fraktion begrüßt den gesunden Haushalt unseres Landes, dessen Zeichen ein im Vergleich zum Vorjahr um 60 Millionen DM höherer Überschuß ist.

Deshalb geben wir auch dem vorliegenden Gesetzentwurf über den Haushaltsplan 1952 unsere volle Zustimmung in der Gewißheit, daß er die Gewähr gibt für eine finanzielle Entwicklung, die von ihrer Seite her der Deutschen Demokratischen Republik die Erfüllung ihres geschichtlichen Auftrages ermöglicht: Deutsche wieder zu Herren in ganz Deutschland zu machen.

Präsident Otto Buchwitz:

Ich schließe die Beratung.

Zuruf des Abg. Oskar Edel:

Zur Abstimmung!

Abg. Oskar Edel (SED):

Der Kollege Baumann hat den Antrag gestellt, in der Präambel das Wort „Schaffenden“ wieder zu ersetzen durch „Werkstätigen“. Wir begrüßen diese Anregung, denn es besteht kein Anlaß, das Wort „Werkstätige“, das zu einem Begriff geworden ist, irgendwie abzuändern. Es ist aber notwendig, daß die Formulierung so getroffen wird, daß sie der ausgedrückten Notwendigkeit Rechnung trägt. Selbstverständlich soll jeder einzelne dabei mithelfen, Sabotage zu bekämpfen und sich, soweit es ihm möglich ist, positiv bei der Erfüllung des Planes einzuschalten. Worauf es aber ankommt und was ausgedrückt werden muß, ist, daß in erster Linie die Werkstätigen, unsere Werkstätigen und die Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungsorgane diese Aufgabe haben. Ich möchte daher bitten, folgende Formulierung anzunehmen: „Damit ist der gesamten Bevölkerung, besonders aber unseren Werkstätigen und den Mitarbeitern der staatlichen Verwaltungsorgane, die große Aufgabe gestellt, sich verantwortungsbewußt für seine Durchführung einzusetzen.“